

Zeitschrift: Bulletin : Kommunikationswissenschaft = sciences des communications sociales

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Band: - (1982)

Heft: 2

Artikel: Internationaler Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM)

Autor: Fleck, Florian H.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-790519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I. Internationaler Kongreß der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM)

Die Ökonomie der Medien

L'économie des moyens de communication sociale

The Economics of Mass Media

Unter diesem Thema hat die «Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft» (SGKM) einen internationalen Kongreß in Fribourg/Grangeneuve, am 13. und 14. Mai 1982, durchgeführt. Ökonomen und Medienspezialisten, Wissenschaftler und Praktiker aus dem In- und Ausland diskutierten über diesen aktuellen Fragenbereich im kleinen Kreise (77 Teilnehmer) in der idyllisch gelegenen Landwirtschaftsschule des Kantons Fribourg in Grangeneuve.

Zum Auftakt der Tagung fand morgens am 13. Mai eine Begrüßung der Tagungsteilnehmer durch den Rektor der Universität, Professor Bernhard Schnyder, in der Aula Magna der Universität statt. Er sprach zunächst über die Gründung und Geschichte der Universität Fribourg, um als dann in sehr launigen Worten über seine eigenen Studien und Erfahrungen in Sachen Urheberrecht in internationaler Sicht zu referieren. Daran anschließend sprach der neue Direktor des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Professor Louis Boßhart, Worte der Begrüßung zu den Kongreßteilnehmern. – Beim folgenden Apéritif in der Ehrenhalle begrüßte Herr Staatsrat Edouard Gremaud, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Verkehr und Energie des Kantons Fribourg, die Anwesenden. Er wünschte dem Kongreß einen guten Erfolg und lud die Gäste zu einem Umtrunk mit Fribourger Staatswein als Tranksame ein. – Darnach begab sich die ganze «internationale Gesellschaft» bei schönstem Wetter nach Grangeneuve im Glâne-Bezirk.

Nachmittags, am 13. Mai, begann dann die eigentliche Studientagung. – In seinem Einführungsreferat über die Grundprobleme der Ökonomie der Medien umriß der Tagungspräsident, Florian H. Fleck, die weitergesteckte Thematik, die im gesamten gesehen sowohl die Ökonomie der Medien als auch die Medienökonomie umfaßt. Eine *allgemeine Theorie der Medienökonomie* hat daher die mikro- und die makro-ökonomische Betrachtungsweise anzuwenden, um schließlich beide «approaches» zu verbinden. Besonders wies er u.a. auf die beiden D's – die Defizite der Wissenschaft und die Diskretion der Praxis in Sachen Daten und Erkenntnissen – hin.

Daran anschließend stellte Prof. Jacques Pasquier, Fribourg, «die Multikriterienanalyse als Entscheidungshilfe bei Investitionen im Medienbereich» vor. Er demonstrierte diese Methode bei Auswahl verschiedener

Verfahren für den computergesteuerten Lichtsatz in einer Großdruckerei.

Einer der wichtigsten Schwerpunkte der Veranstaltung galt dem Fragenkreis der Finanzierung von Rundfunkanstalten. So behandelte Hermann Fünfgeld, Verwaltungsdirektor des Süddeutschen Rundfunks, Stuttgart, in seinem Referat vor allem die Programmkosten im Verhältnis zu den ausgestrahlten Programmleistungen innerhalb der realtypischen Kostenstruktur von Rundfunkanstalten. Die Finanzierung der Programmkosten durch Gebühren, bzw. durch Werbung, ist bei der Kostenexplosion und allgemeinen Teuerung das «heiße» Eisen für eine längerfristige Planung.

Ähnlich argumentierte Jean-Bernard Münch, Finanz- und Betriebsdirektor der SRG, Bern. «Die klassischen Einnahmen der Rundfunkanstalten im kommenden Jahrzehnt sind bedroht!»; sei dies durch die anhaltende Vertreuerung der Produktion und oder sei dies durch die gesteigerte Konkurrenz um die begrenzten Einnahmequellen. Als Maßnahmen und Heilmittel schlug dieser Referent Rationalisierung und Produktivitätserhöhung, mehrmalige Ausstrahlung sehr teurer Produktionen nebst Verkauf von Urheberrechten an andere Veranstalter und Kleinmedien vor.

Seine Schlußfolgerung «Les pouvoirs et collectivités publiques n'auront guère le choix qu'entre un soutien rapide, la reprise de certaines tâches ou une prise en charge pratiquement totale à plus long terme.»

Professor John B. Black, Politologe und Regierungsberater aus Kanada, belegte an Beispielen von neuen elektronischen Textsystemen in Verbindung mit Computerdiensten und Datenbanken wie die zukünftigen Telekommunikationen auf öffentlicher und privater Ebene – national und international – sich vollziehen werden.

Die Presse und deren wirtschaftliche Probleme wurden keineswegs vergessen. So präsentierte Karl Erik Gustafsson, Medienökonom der Universität Göteborg (Schweden), die Pressesituation und die staatlichen Subventionspraktiken in Schweden, Norwegen und Finnland. Das vierte nordische Land, Dänemark, kennt keine staatlichen Subventionsmaßnahmen. Dort aber spitzt sich die Lage von kleinen und großen Zeitungen dramatisch zu. – Über die Situation der Presse in Frankreich berichtete Jean Clément Texier, Paris. Sein Referat war betitelt: «La Presse et l'Argent». Mit Esprit und Humor zeigte er den wachsenden Einfluß von außermedialen Unternehmen, Personen und Mächten, in der französischen Presse auf.

Am Abend des 13. Mai gab es außerdem ein musikalisches Non-stop Unterhaltungsprogramm. Zunächst sang ein Kinderchor; darnach präsentierte sich ein gemischter Chor mit Chansons und lustigen Sketches in verschiedenen Sprachen; und zuletzt spielte ein weltberühmter Panflötist bekannte Weisen aus dem Konzertsaal.

Am Nachmittag, den 14. Mai, fand die abschließende Podiumsdiskussion statt. Diese wurde von Professor Heinz J. Kiefer, Essen, eingeleitet. Pierre-Ami Chevalier, Medienexperte Genf, leitete als gewandter « directeur des débats » die Diskussionen. Es nahmen u.a. daran teil: M^{me} Nadine Toussaint, Université de Paris 2, Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Stuttgart, Achille Casanova, Bundesvizekanzler, Bern, Jean-Bernard Münch, SRG Bern, John B. Black, Guelph (Ontario/Kanada) und der Schreiber.

Gesamthaft gesehen erbrachte dieses zweitägige « Gespräch » zwischen Forschern und Medienpraktikern doch weit mehr als nur eine Liste von « Defiziten und Aufgabestellungen zur Ökonomie der Medien ». Denn erstens wurden Lösungsmöglichkeiten vereinzelt schon präzise vorgeschlagen, und zweitens lernten sich die interessierten Fachleute wirklich kennen. – Wir haben auch bereits erfahren, daß das eine oder andere Forschungsprojekt in naher Zukunft vertieft in Angriff genommen wird.

Florian H. Fleck

PRESSESTIMMEN

Die ökonomische Seite der Medien

Ein Kongress der SGKM

Grangeneuve, 16. Mai. (sda) Zum Thema «Oekonomie der Medien» hat die *Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM)* in Grangeneuve einen internationalen Kongress durchgeführt und dazu zahlreiche Referenten aus dem In- und Ausland eingeladen. Nach der Mediengesamtkonzeption brauchten wir nun eine umfassende wirtschaftliche und finanzwissenschaftliche Analyse der Massenmedien, wie der Freiburger Professor *Florian Fleck* als Tagungspräsident in seiner Eröffnungsansprache betonte. Dies könnte zu einer Ueberlebensfrage für die Rundfunkanstalten werden, denn — und dies gilt nicht nur für die Schweiz — die Einnahmen aus Gebühren und Werbung sinken; die Konkurrenz nimmt zu, und die Kosten steigen. Die öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten, die nicht auf Gewinn hin arbeiten und öffentliche Leistungen erbringen, stecken dabei in einer besonders schwierigen Situation, weil sich bei ihnen nicht simple Kosten/Nutzen-Rechnungen anstellen lassen.

Ihre Ansichten zu diesem Problemkreis erörterten am Kongress der SGKM namentlich die Finanzdirektoren der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), *Jean-Bernard Münch*, und des Süddeutschen Rundfunks (SDR), *Hermann Fünfgeld*. Wie Fünfgeld betonte, lassen sich Radio und Fernsehen nur in engen Grenzen rationalisieren, da die Betriebskosten zum grössten Teil Programmkosten seien und sich bei den Programmen nur auf Kosten der Qualität sparen lasse. Die für das Funktionieren einer Anstalt notwendigen Strukturen ermöglichen nach der Ueberzeugung Fünfgelds

kein kurzfristiges Eingreifen in die Produktionskosten. Der SDR-Finanzdirektor meinte jedoch, dass die Aufstellung eines Preis-/Leistungsverhältnisses für eine öffentlichrechtliche Rundfunkanstalt, die einen Auftrag im Dienst der Öffentlichkeit erfüllt, ebenso irrelevant sei wie etwa für ein Hochschulinstitut, ein Museum oder ein Theater.

SRG-Finanzdirektor *Münch* wies die Richtung einiger möglicher *Auswege* aus der heutigen schwierigen Situation. Auch für ihn steht fest, dass die klassischen Einnahmen — selbst wenn die von der SRG heute beantragte Gebührenerhöhung bewilligt wird — durch die Sättigung des Marktes und die wachsende Konkurrenz bedroht ist. Gleichzeitig «explodieren» aber die Kosten, und sie lassen sich laut Münch angesichts der gestiegenen Anforderungen im Informationsbereich sowie des allgemein höheren Qualitätsanspruchs nicht einfach senken. Auch die Rationalisierung und Reduktion der Gemeinkosten stelle deshalb nur «eine erste, aber keinesfalls genügende Etappe dar». Münch erwähnte als mögliche «Heilmittel»: Erhöhung der *Personalproduktivität* (neue Produktionsmethoden, spezialisierte Produktionsgesellschaften), vermehrte Koproduktion und Mitfinanzierung, internationalen Programmaustausch, sukzessive vertikale Ausnützung teurer Sendungen in verschiedenen Medien (Kino, Video, Pay-TV, Fernsehen), Gemeinschaftsunternehmen im Bereich Daten und Ausbildung. Münch ist überzeugt, dass auch die Beteiligung der *Rundfunkanstalten an «neuen»*, ihnen nahestehenden *Medien* nötig ist.

Die SRG-Finzen am Scheideweg

SRG-Finanzplanung = Defizitplanung?

Der Einsatz eines Finanzplanungs-Computermodells für die Jahre 1983–86 zeigt jedoch, dass das neue Finanzmanagement der SRG gewillt ist, die Praktiken aus der Pionierzeit durch moderne Führungsmittel zu ersetzen. Obwohl die Planung auf der Annahme beruhte, der Bundesrat werde der SRG den automatischen Teuerungsausgleich bewilligen, ist es erstaunlich, dass die Ergebnisse dieser Planung (Tabelle 2) in der öffentlichen Meinung kaum Widerspruch hervorriefen.

Selbst wenn man, wie der Bundesrat, davon ausgeht, dass gewisse Ertragsquellen zu tief geschätzt worden sind, ist nicht zu übersehen, dass die Zeiten für die elektronischen Medien generell härter geworden sind. Dies ist zum mindesten das Fazit der internationalen Fachtagung über *Ökonomie der Medien* an der Universität *Freiburg*. Der Markt der elektronischen Medien ist weitgehend gesättigt. Über die Möglichkeiten, die Erträge durch Werbeeinnahmen zu steigern – nach der grundsätzlichen Zulassung für private Lokalradios gemäss der neuen Rundfunkverordnung angesichts der seit Jahren defizitären Radio-Rechnung für die SRG ohne Zweifel ebenfalls aktuell geworden – bestehen eher wirklichkeitsfremde Vorstellungen.

Werbefranken rollen nicht mehr so leicht wie früher – und erst recht nicht in ein grundsätzlich werbefeindliches Umfeld. Auch hier wird sich die wirtschaftsfeindliche Einstellung zahlreicher Medienschaffender – sie wurde auch an der bereits erwähnten Tagung in Fribourg

von Prof. F. Fleck als Faktum der Medienökonomie festgehalten – auswirken. Die Kosten explodieren, die Einnahmen stagnieren – wie weiter? Wird der Konsument noch mehr zur Kasse gebeten? Oder muss der Steuerzahler sog. gemeinwirtschaftliche Leistungen der SRG abgeben? Die Fragen sind gestellt, denn trotz der im Finanzplan bereits vorweggenommenen *Indexierung der Konzessionsgebühren* – de jure ist sie vom Bundesrat zwar abgelehnt, de facto dürfte sie doch kommen – werden in der SRG-Rechnung 1983 wieder rote Zahlen geschrieben, 1984 und 1985 sogar tiefrote.

Aufgrund der bestehenden Strukturen ergeben sich 1983–86 kumulierte *Defizite* von 76 Mio. Neue Dienstleistungen erfordern 24 Mio. Spar- und Rationalisierungsprogramm sollen 35 Mio. Fr. bringen. Fast zu schön, um für realistisch genommen zu werden. Per saldo fehlen in der SRG-Rechnung in den kommenden vier Jahren rund 66 Mio. Kein Wunder, dass SRG-Finanzdirektor *Münch* im Freiburger Tagungsreferat nach einer raschen Unterstützung durch die öffentliche Hand rief. Bevor es soweit kommt, muss jedoch gefordert werden, dass zahlreiche SRG-Tabus in Frage gestellt werden: die schwerfällige und kostspielige Struktur, das fehlende Dotationskapital, der Widerspruch zwischen der im Leitbild festgehaltenen leistungsgerechten Entlohnung der Mitarbeiter und dem Gesamtarbeitsvertrag mit Bundesbeamtengehaltsordnung mit halbjährlichem Teuerungsausgleich bis auf die letzte Kommastelle usw.

Die SRG-Finzen sind an einem Scheideweg. Finanzpolitische Grundsatzentscheide sind fällig.

Internationaler Kongress über die «Ökonomie der Medien»

Klassische Medien-Einnahmen sind bedroht

Wegen Sättigung des Marktes, Zunahme der Konkurrenz und Produktion neuer Medien sehen sich die europäischen Rundfunkanstalten, die im Rahmen eines staatlichen Monopols lange Zeit in einer relativ komfortablen Situation waren, nunmehr mit harten Fragen in Bezug auf ihre künftige Finanzierung konfrontiert. Das Thema «Ökonomie und Medien», das gestern und heute an einem internationalen Kongress an der Universität und in Grangeneuve behandelt wird, befasst sich demnach mit einer vitalen Frage der Medien.

«Freiburger Nachrichten», Freiburg, vom 14.5.1982

Medienkongress behandelt Finanzierung der Kommunikationsmittel

Quadratur des Kreises in Medienökonomie?

«Wie sollen die Programme der Massenmedien verbessert und zeitlich ausgedehnt werden, wenn die Einnahmen aus Gebühren und Werbung nur wenig ansteigen?» Dieser vom Tagungspräsidenten Prof. Florian Fleck gestellten «Gretchenfrage» gingen gestern, am zweiten Tag ihres internationalen Kongresses, in Grangeneuve die 75 Teilnehmer und weitere Referenten nach.

«Freiburger Nachrichten», Freiburg, vom 15.5.1982

Publizistisches Unternehmen oder Wirtschaftsinstitution?

Zu einer Schweizer Tagung über Medien-Ökonomie / Von Gerd G. Kopper

epd Mit seinem über lange Jahre schon erprobten Spürsinn für die Entwicklung von Fragestellungen und neuen Ansätzen von Problemlösungen hatte der Initiator und Leiter dieser Tagung, Florian Fleck, Wirtschaftswissenschaftler an der zweisprachigen Schweizer Universität Freiburg, wichtige Voraussetzungen für das Gelingen der zweitägigen Konferenz über die "Ökonomie der Medien" (13./14.5.) sichergestellt: das internationale Gespräch und Verhandlungs- und Diskussionsmöglichkeiten in kleinem und überschaubarem Rahmen. Vortragende und Teilnehmer mußten sich in die abgelegene, funktional gestaltete Idylle der Landwirtschaftsschule des Kantons Freiburg zurückziehen, um sich dort, in Grangeneuve, auf die Klärung von Grundproblemen der Massenmedienentwicklung einzulassen.

Der Hintersinn, den sich der Tagungsinitiator Fleck von der Konferenz versprach, ließ sich nur durch die Konfrontation und auch mögliche Wiederentdeckung ihrer gegenseitigen Existenz, von Forschern und Medienpraktikern nämlich, verwirklichen. Von den Praktikern war zu erwarten, daß sie die auf immer weiter ausgreifende Komplexität zielenden Forscher diskutierend in Grenzen verweisen würden. Umgekehrt konnte es den Wissenschaftlern gelingen, neue Zusammenhänge für die Praktiker zu erschließen. Dieser doppelten Zielsetzung diente im Tagungsablauf vor allem eine abschließende Podiumsdiskussion, an der auch der gerade durch seine Mittlerrolle zwischen Medienpraxis und Medienwissenschaft hervorgetretene Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Prof. Hans Bausch, als entscheidender Diskutant teilnahm.

In den einleitenden Feststellungen zu dieser Abschlußrunde, in der die Defizite und Aufgabenstellungen einer Ökonomie der Medien durch den Leiter des Ruhr-Instituts Essen, Prof. Heinz Kiefer, zusammengefaßt wurden, zeigte sich, welch überwältigender Fragenballast noch auf eine erste Antwort harret. Nimmt man alle denkbaren Perspektiven der Untersuchung und notwendigen Erforschung des Problembereiches der Ökonomie der Massenmedien, so stellt sich heraus, daß in allen klassischen Bereichen wirtschaftlicher Analyse ein überwältigendes Defizit an Präzision und theoretischer Einsicht vorherrscht. Fleck verdeutlichte dies beispielhaft an der Rundfunkanstalt als Informationsunternehmen, an bestimmten Sektoren wie etwa der Filmindustrie, an der Erkenntnis der wirtschaftlichen Grundlagen ganzer Branchen und nicht zuletzt auch an einem durchgehenden Mangel an Makroanalysen mit dem Schwergewicht von Information und Kommunikation im Zusammenhang nationaler Volkswirtschaften und der internationalen Austauschbeziehungen.

Fragen der Rundfunkfinanzierung bildeten dann auch den wichtigsten Schwerpunkt der Tagung. Von Florian Fleck war die Möglichkeit einer automatischen Gebührenanpassung auf der Grundlage etwa eines Konsumentenpreisindex ins Gespräch gebracht worden. Hinter der Frage allerdings nach der spezifischen Anbindung eines solchen Rundfunkpreisindex an vorhandene Indizes stand - und dies legte den Vergleich zwischen der Lage in der Schweiz und der in der Bundesrepublik nahe - die Problematik der Politisierung des Gebührenanpassungsprozesses. Gefahren für die publizistische Unabhängigkeit dieses wichtigen Mediensystems sind augenfällig.

Auch in der Schweiz zeigt sich, daß die Einnahmen aus Werbung als Einnahmequelle für Rundfunkanstalten zu stagnieren beginnen. Die verschiedentlich in die öffentliche Diskussion gebrachte - und in der Bundesrepublik durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten (KEF) vertretene - Vorstellung einer Fremdfinanzierung und langfristigen Verschuldung der Rundfunkanstalten bietet sich in der gegenwärtigen Diskussion als mögliche Lösung an, wurde jedoch sowohl von Fleck wie auch den anwesenden Rundfunkpraktikern abgelehnt. Im Grunde, so schien es, würde man mit der Verschuldungspolitik nur der grundlegenden politischen Frage einer Reform der Rundfunkfinanzpolitik aus dem Wege gehen. Eine wenn auch indirekte Mitschuld an der desolaten Situation der politischen Entscheidungsfindung zur Rundfunkfinanzierung - dies schien im öffentlich-rechtlichen System sowohl der Schweiz wie auch der Bundesrepublik durchaus vergleichbar - muß auch der Wissenschaft zugewiesen werden, die wie Fleck eingangs nüchtern feststellte, es auch in allerjüngster Zeit nicht zu Wege gebracht hat, eine umfassende Wirtschafts- und Finanzanalyse der Massenmedien im deutschsprachigen Bereich zustande zu bringen. Vor diesem Hintergrund werden eher fadenscheinige Lösungen möglicherweise schon für letzte Weisheit gehalten.

In einem Referat von Hermann Fünfgeld, Verwaltungsdirektor des Süddeutschen Rundfunks wurde deutlich, welche unterschiedlichen Vorstellungen zwischen der kontrollierenden und planenden politischen Aufsicht - etwa im Rahmen der Argumentation der KEF - und den tatsächlichen produktionsspezifischen Voraussetzungen für eine Finanzplanung im Rundfunk liegen. Dabei wurde besonders an den von Fünfgeld herausgearbeiteten Beispielen

klar, daß die größten Mißverständnisse offenbar im Rahmen der Auseinandersetzung über Rundfunkfinanzen dort aufzutreten pflegen, wo die scheinbare Selbstverständlichkeit von Vorwürfen Nachfragen kaum mehr hervorruft - so auch nicht in der Presse. Der Vorwurf der zu hohen Personalkosten, wie er zuletzt auch wieder durch die KEF ins Gespräch gebracht wurde, geht, und dies wurde von Fünfgeld präzise belegt, mit Regelmäßigkeit an den Produktionsgesetzmäßigkeiten vorbei und damit an der primären Zielsetzung des Rundfunks als publizistischem Leistungsunternehmen. Personalkosten sind dort, wo sie im Zentrum von kritisierenden Vorwürfen stehen, in der Regel immer mit Produktionskosten gleichzusetzen - dies gilt insbesondere für aufwendige "Pflichtveranstaltungen" wie etwa Sportübertragungen. Eindringlich wies Fünfgeld nach, daß es eine Theorie der Rundfunkprogrammkosten im Sinne der in der Wirtschaftswissenschaft geläufigen Kostentheorie nicht geben kann, weil die zugrundeliegenden Produktionsfaktoren und Voraussetzungen (vom Föderalismus angefangen bis hin zur spezifischen Programmgeschichte der einzelnen Rundfunkanstalten) zu unterschiedlich sind, um das mögliche abstrakte theoretische Konstrukt noch anwendbar sein zu lassen. Für die Finanzplanung der Rundfunkanstalten entsteht eine besondere Gefährdung dadurch, daß u.a. auf Kosteneinsparung zielende Entscheidungen zur Veränderung der Produktionsstruktur im Grunde nur langfristig wirksam werden können; aufgrund der internen Bedingungsbeziehungen können hieraus mittelbar Einschränkungen erwachsen, die erneut den publizistischen Auftrag gefährden, aber gleichzeitig über Jahre unproduktive Kosten mit sich bringen, etwa weil ursprünglich geplante Investitionen nicht mehr zu nutzen sind. Weil eine Kostentheorie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht entwickelt werden kann, lassen sich auch die Fragen nach einer möglichen Betriebsgröße von Rundfunkanstalten nur auf höchst abstraktem und daher realitätsfernem Niveau beantworten.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Experimentalphase für die Zukunftsentwicklung des Rundfunks in der Schweiz entwickelte Jean-Bernard Münch (Finanz- und Verwaltungsdirektor des SSR, Bern) ein Denkmodell, das sich durch logischen Rigorismus auszeichnete und der besonderen Rundfunksituation in der Schweiz als relativ kleinem Staat angesichts der wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen notgedrungen entsprechen mußte. Vor dem Hintergrund der bald erreichten Grenzen für klassische Sparmaßnahmen, auch für Produktivitätserhöhung innerhalb des Rundfunkbetriebes, bleiben für Münch in der Zukunft nur Planungsvorstellungen übrig, die praktisch nur auf einer neuen Organisationsgrundlage des Rundfunks sicherzustellen sind. Dabei denkt er an ein ausgefächertes System gegenseitig verschränkter Strukturen, in die das Rundfunksystem aufgegliedert wird. Das Basisprogramm soll weiter durch Gebühren finanziert werden. Die gemeinnützigen Dienstleistungen und Einrichtungen, zu denen etwa auch der Auslandsrundfunk und die hoch qualifizierten Rundfunkarchive gehören, werden durch laufende staatliche Subvention finanziert - sie würden damit aus dem Kostengefüge der Anstalten ausgegliedert. An Spezialgebühren wäre für spezifische Zielgruppenprogramme und Serviceleistungen zu denken, etwa das Bildungsfernsehen oder den Verkehrsfunk. Wichtige kulturelle Funktionen, die durch Rundfunkanstalten wahrgenommen werden, z.B. Erstaufführungen und andere große Einstudierungen, müßten im Rahmen der Kulturfinanzierung erstattet werden. Für alles weitere würde sich der Markt selbst als Finanzierungsquelle anbieten. Dabei müßte im Blick auf die in Zukunft steigende Konkurrenz sehr viel stärker auf Koproduktionen hingearbeitet werden. Dies in erster Linie, um Übertragungsrechte langfristig zu sichern. Über den Markt müßte auch die "vertikale Ausnutzung" der teuren Spitzenprodukte in verschiedenen Medien (Kino und Videokassetten, Pay-TV usw.) ins Auge gefaßt werden. Schon diese stichwortartige Aufzählung zeigt, daß unter den Sonderbedingungen der Schweiz das Nachdenken über fundamentale Anpassungen sehr weit gediehen zu sein scheint. Münch wörtlich: "Das finanzielle Überleben der Rundfunkanstalten kann nur durch eine Serie drakonischer Maßnahmen in der Organisation erfolgen." Wichtige Voraussetzung dabei ist die Beteiligung der Rundfunkanstalten an den "neuen" Medien und dem Dienstleistungsumfeld, in dem sie sich entwickeln.

Wie wenig die bisherigen klassischen betriebswirtschaftlichen Muster für Neue Medien und ihre ersten Einführungsstufen Geltung haben können, belegte schließlich im weiteren Verlauf der Tagung John B. Black, politischer Wissenschaftler und Regierungsberater in Kanada, am Beispiel der neuen elektronischen Textsysteme in Verbindung mit Computerdienstleistungen und Datenbanken. - An der Analyse der Zeitungsindustrie in Schweden und seinen skandinavischen Nachbarländern verdeutlichte der schwedische Medienökonom Karl Erik Gustafsson (Universität Göteborg), daß die staatliche Pressepolitik zwar zu einer Verhinderung des Zeitungssterbens geführt hat, dennoch aber eine Wiederbelebung der lokalen und regionalen Meinungsvielfalt in dem erwünschten Maße nicht zustande gekommen ist, da eine Revitalisierung des Zeitungsmarktes durch Gründung vollwertiger lokaler oder regionaler Blätter auch in Schweden praktisch ausgeschlossen ist. Ob die schwedischen Lokalradioprogramme geeignet sind, erneut Meinungsvielfalt zu stei-

gern, wird gegenwärtig gerade untersucht und soll auch ein Hauptaugenmerk bei der in nächster Zukunft anstehenden Arbeit einer schwedischen Medienkommission sein.

War es vor 15 oder 20 Jahren die Presseindustrie, die den Schrecken der zukünftigen Entwicklung in den westlichen Industrieländern auf sich zukommen sah, so zeigt sich im internationalen Vergleich, daß heute eine ähnliche Zukunftsunsicherheit in den Rundfunksystemen herrscht. Gründe für die Voraussetzungen solcher Befürchtungen durchleuchtet zu haben, war das Verdienst dieser Tagung. Die Gespräche von Grangeneuve hätten es nach diesem Start verdient, zur regelmäßigen Einrichtung zu werden.

«epd, Kirche und Rundfunk», Frankfurt, Nr. 40 vom 26.5.1982

MEDIENÖKONOMIE – VIELE FRAGEN, WENIGE ANTWORTEN

Zu einer Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Einen kürzlich in dieser Zeitschrift erschienenen Artikel überschrieb der Autor "Medienökonomie – mehr als Ökonomie der Medien". Und er stellte gleichzeitig fest, daß auch die "bescheideneren" Notwendigkeit einer systematischen Erfassung und Analyse der wirtschaftlichen Grundbedingungen, nach denen Massenmedien in hochentwickelten Industriegesellschaften produzieren, ihre Leistungen anbieten und diese nachgefragt werden, von Wissenschaftlern wie Politikern kaum problematisiert wird und selbst Ansätze einer Bestandsaufnahme seien nur vereinzelt zu finden. (1) Daß hier Defizite an Grundwissen bestehen, das eigentlich Voraussetzung ist für politische Entscheidungs- und Steuerungsprozesse im Bereich der Massenmedien und des Kommunikations- und Informationssystems einer Gesellschaft insgesamt, wird umso deutlicher, je klarer neue Informationstechnologien und ein sich damit abzeichnender technischer und sozialer Wandel gesellschaftlicher Kommunikation politische Steuerungsentscheidungen erfordern. Vor dem Hintergrund dieser Diskrepanz zwischen Wissensbedarf und Wissensbestand gewinnt eine Tagung besonderes Interesse, die die Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM) am 13. und 14. Mai 1982 in Fribourg/Grangeneuve veranstaltete. Medienspezialisten und Ökonomen, Praktiker und Wissenschaftler diskutierten hier im kleinen Kreis, weniger was sie von

der und über die Ökonomie der Medien, so das Tagungsthema, wissen, als was sie wissen müßten. Schon in seinem einleitenden Referat gab der die Tagung präsidierende Fribourger Wirtschafts- und Medienwissenschaftler Professor Florian Fleck eine Bestandsaufnahme dessen, was wir nicht wissen. Weder aus mikro- noch aus makroökonomischer Sicht ist eine umfassende wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Analyse der Medien bislang erfolgt. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftspolitik einerseits, Kommunikations- und Medienpolitik andererseits sind ungeklärt und entsprechend in der Realisierung durch die politische Praxis ungereimt. Die Probleme zunehmenden internationalen Austauschs von Hard- und Software im Informations- und Mediensektor nationaler Volkswirtschaften werde kaum erkannt, geschweige denn diskutiert. Hinzu kommen Probleme in den Partialbereichen der Einzelmedien: Pressekonzentration als ökonomischer Widerspruch zum publizistischen Ideal von Pressevielfalt in einer pluralistischen Demokratie, daneben die Probleme zum Beispiel direkter und indirekter Subventionierung von Zeitungen. Die aktuellen Fragen der gemischtwirtschaftlich finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die nicht nur in der Bundesrepublik bei stagnierenden Gebühren und begrenzter Werbung immer drängender werden: Indexierung der Rundfunkgebühren – nach welchen Kriterien? Langfristige Verschuldung als Finanzierungsmöglichkeit, die die notwendige Gebührenerhöhung hinausschöbe oder zu niedrig ansetzte und Zinsen als zusätzliche Kosten schafft? Oder das Problem der Wirtschaftlichkeitskontrolle und Effizienzanalyse von Rundfunkanstalten, das die Frage aufwirft, ob hier nicht eher eine gesellschaftsbezogene Jahresabrechnung im Sinne einer Sozialbilanz angebracht wäre, aber nach welchen Sozialindikatoren?

Auch im weiteren Verlauf der Tagung wurden vor allem Fragen gestellt, Probleme aufgezeigt, die dringend einer Klärung bedürfen und die neben rein ökonomischen Fragestellungen immer wieder den Zusammenhang verdeutlichten, daß Medienökonomie nicht losgelöst von der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Medienindustrie und ihrer Leistungen diskutiert werden kann. So griff auch der Finanzdirektor des Süddeutschen Rundfunks Hermann Fünfgeld in seinem Referat zur Kostenstruktur und Finanzierung einer Rundfunkanstalt abschließend das Thema Sozialbilanz auf, die Frage nach den wirtschaftlichen Effizienzkriterien für eine Rundfunkanstalt vor dem Hintergrund des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik. Was eigentlich ist die optimale Betriebsgröße einer Rundfunkanstalt, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien der Rentabilität zum Beispiel im technischen Bereich "Überkapazitäten" ständig bereitstellen muß, um ihrem Programmauftrag der aktuellen – also im Sinne gleichmäßiger Kapazitätsauslastung nicht planbaren – Berichterstattung erfüllen zu können? Sollen mehrere Stunden aufgezeichneter Diskussion ausgestrahlt werden, wenn ein Zusammenschritt von 20 Minuten das Wesentliche aussagt, um die Sendeminutenkosten zu senken oder soll auf diese

**Defizite an Grundwissen
über die Ökonomie der
Medien**

**Bislang weder mikro-
noch makroökonomische
Analyse der Medien**

**Effizienzanalyse von
Rundfunkanstalten als
Sozialbilanz**

1) Vgl. Gerd G. Kopper in Media Perspektiven 2/1982, S. 102-115.

**Bewertungskriterien als
zentrales Problem**

**Neudefinition „alter“
Verlegerfunktionen?**

**Problem publizistischer
Machtkonzentration aus
ökonomischen Gründen**

„unrentable“ Aufzeichnung überhaupt verzichtet werden? Müssen die „anspruchsvollen“ Hörfunkprogramme eingestellt werden, weil sie 80 Prozent des Hörfunkgebührenaufkommens verschlingen aber nur fünf Prozent des Hörfunkpublikums erreichen? Wie bemißt sich eigentlich die wirtschaftliche Effizienz eines Theaters oder Museums?

Auch von Professor Heinz J. Kiefer, der Stichworte zur – offenbar obligatorischen – Paneldiskussion als Abschluß der Tagung vorlegte, die das Panel dann allerdings bedauerlicherweise kaum diskutierte, wurden ähnliche Fragen aufgeworfen, die vor allem Fragen nach Bewertungskriterien sind. Die traditionell ökonomischen Kriterien greifen hier ja offenbar nicht, denn es gibt, zum Beispiel, für die zentralen Leistungen des öffentlich-rechtlichen über Gebühren finanzierten Rundfunks, das Programm, keinen relevanten Markt als Regelungsinstrument. Mehr als in anderen Dienstleistungssektoren, notierte Kiefer, zeigen sich im Informations- und Medienbereich, der ja nicht nur auf private, sondern auch auf soziale Kommunikation hin orientiert ist, neben betriebs- und volkswirtschaftlichen ordnungspolitische Gesichtspunkte. Seine Thesen, daß die dynamische Entwicklung der Medienmärkte die bisherigen Strukturen sprengen und für ökonomische Faktoren multimedialer, multinationaler und multiinstitutionaler Akzentuierung öffnen wird, daß die „alten“ Verlegerfunktionen neu definiert und nach Abtreten der „Mittelstandsunternehmen“ der Presse und der „Rundfunkrundergeneration“ der Publizisten ein professionelles Medienmanagement die Leitung der Informationsunternehmen übernehmen wird, daß die internen und externen Voraussetzungen für eine vollkostenorientierte Preispolitik bei Medienleistungen über Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit des Informationsangebots in einer Industriegesellschaft entscheiden, waren einer Diskussion und Differenzierung durch das Panel durchaus wert gewesen.

Ähnliche Töne eines zunehmend kostenorientierten, an Begriffen wie Rationalisierung und Produktivitätserhöhung ausgerichteten Überdenkens der bisherigen Handlungsdirektiven europäischer Rundfunkanstalten klangen in dem Referat des Finanz- und Betriebsdirektors der SRG Jean B. Münch an. Hier referierte bereits ein Vertreter des von Kiefer erst avisierten professionellen Medienmanagements. Steigerung der Produktivität durch Produktionsauslagerung und vermehrten Rückgriff auf spezialisierte Produktionsgesellschaften, Koproduktionen und Mitfinanzierung teurer Sendungen mit/durch andere Institutionen, Mehrfachverwendung der „Produkte“ durch sukzessive vertikale Verwertung in den verschiedenen Medien, Diversifikation in die sogenannten neuen Medien waren einige seiner Stichworte zur wirtschaftlichen Zukunft eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dessen Mittel knapper und dessen Position prekärer wird durch die Konkurrenz neuer technischer Verbreitungswege (neue Medien) für die gleichen Produkte an dasselbe Publikum. Münchs These zugespitzt: Der Erfolg des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hängt ab von seinem kommerziellen Erfolg.

Damit war ein Problem deutlich, das der kanadische Politikwissenschaftler und Technologieexperte Professor Black mit seinen Ausführungen zum informationstechnologischen Schlaraffenland der Zukunft implizit akzentuierte: Das technisch mögliche, publizistisch zunächst so vielversprechende Hardware-Ideal der quasi unbegrenzten Kanalvielfalt wird durch ökonomische Engpässe im Software-Bereich zur Schimäre. Die Vielzahl der Kanäle, darin waren sich alle Referenten zum Thema einig, ist nur zu füllen, weil nur zu finanzieren, durch verstärkte Kooperation der Medienunternehmen aller Ebenen und Bereiche, durch Mehrfachverwertung von Ideen wie Produkten, durch Konzentration und Spezialisierung der Produktion wie des Vertriebs auf nationaler wie internationaler Ebene. Das Problem publizistischer Machtkonzentration aus ökonomischen Gründen, die sich hier abzeichnete, wird Politiker sicher noch beschäftigen müssen.

Lösungen für die angeschnittenen Fragen und Probleme im Rahmen dieser Tagung waren nicht zu erwarten und wurden nicht gefunden. Lösungen sind offenbar auch sehr schwer zu finden, das zeigte das Referat des Schweden Professor Karl Erik Gustafsson, der über die skandinavische Presse berichtete, die trotz staatlicher Subventionen für Zeitungen in wirtschaftlich schwacher Marktposition durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichnet ist, und das zeigte das Referat des Franzosen Jean C. Texier unter dem bezeichnenden Titel „La Presse et l' Argent“, das den wachsenden Einfluß per Kapitalbeteiligung außermedialer Unternehmen in der französischen Presse zum Thema hatte, ein Zustand, an dem nach Einschätzung des Referenten auch die Regierung Mitterrand nicht viel ändern (können). Es war aber wohl auch nicht die primäre Absicht der tagungsveranstaltenden SGK, Lösungen zu erarbeiten. Zunächst ging es sehr viel bescheidener darum, die Defizite an medienökonomischem Wissen aufzulisten. Und allein dies ist schon außerordentlich verdienstvoll und lehrreich.

ki

Congrès de la Société suisse des sciences de la communication

L'économie des moyens

Le congrès international de la Société suisse des sciences de la communication et des mass media s'est ouvert hier à Fribourg. Ensuite, les congressistes ont gagné l'Institut agricole à Grangeneuve pour y tenir leurs assises. Lors de l'ouverture, en l'aula magna, le recteur de l'Université, le professeur Bernard Schnyder, a présenté la Haute Ecole et, en juriste qu'il est, a soulevé certains problèmes intéressants à la fois les représentants de la jurisprudence et ceux des médias. Ainsi a-t-il évoqué la question épineuse des droits d'auteur.

Après lui, le professeur Louis Bossart, directeur, depuis peu de temps, de l'Institut de journalisme, a salué l'assistance. Au nom des autorités, M. Ed. Gremaud, conseiller d'Etat, a souhaité la bienvenue aux hôtes de Fribourg.

A Grangeneuve, les travaux ont débuté par une conférence d'introduction prononcée par le professeur Florian H. Fleck, président du congrès, organisateur de ces assises et ancien directeur de l'Institut de journalisme. Il se consacra aux «Problèmes fondamentaux de l'économie et des moyens de communication sociale», problème très vaste englobant quatre domaines différents, à savoir: la microanalyse ayant trait aux entreprises de l'information (maisons d'édition, sociétés de radiodiffusion et télévisions, etc.), l'analyse partielle portant sur les aspects économiques et sociaux des secteurs des imprimés, du film, de la radio, de la TV et des nouveaux médias électroniques, l'analyse sectorielle s'appliquant à tout le secteur de l'information et des médias (questions de l'équilibre et du déséquilibre et de l'altération que les secteurs subissent dans le «déroulement du temps», et, enfin, la macroanalyse des changements structurels du facteur de production du travail, du

capital réel et des autres ressources. Et le professeur Fleck d'insister sur les déficits de la science au stade actuel des sciences économiques et des sciences de la communication sociale et sur la discrétion de la part des entreprises de l'information ne voulant pas divulguer des données internes pourtant capables d'intéresser le public.

Pour aujourd'hui, le programme prévoit d'autres conférences et une «table ronde» qui achèvera le Congrès. (Kipa)

*«La Liberté», Fribourg,
vom 14 mai 1982, p. 5*

FINANCEMENT DES MASS MEDIA

Comment sauver de la ruine la radio et la télévision ?

La Société suisse des sciences de la communication et des mass media (SSCM) a consacré son congrès international au problème de l'économie des moyens de communication. Organisé de manière impeccable à Grangeneuve les 13 et 14 mai derniers par l'Institut de journalisme et des communications sociales de l'Université de Fribourg et le professeur Florian Fleck, cette réunion avait évidemment comme arrière-plan la récente proposition de la SSR d'augmenter la taxe de concession.

Dans son exposé introductif, le professeur Fleck a d'abord fait deux constatations fondamentales: la science a des lacunes importantes en ce qui concerne les connaissances qu'elle a de la manière dont les moyens de communication sont financés (les praticiens en savent généralement davantage que les scientifiques!); la discrétion des entreprises d'information sur leurs structures internes est bien connue et ne facilite pas la recherche. S'il existe un certain nombre de données concernant la presse, en revanche, on ne sait presque rien au sujet des médias électroniques (radio, télévision). Pour ceux-ci, la taxe de concession est devenu l'enjeu de disputes politiques; son adaptation se heurte également à une forte résistance de la part des «consommateurs» de programme. Faut-il alors accroître les ressources provenant de la publicité? Cela n'est pas possible, car on constate que les recettes qui en proviennent connaissent une stagnation due à la lassitude du public. Un endettement croissant des instituts d'émission apparaît donc comme inéluctable à moyen terme.

Reprenant la balle au bond, le directeur des finances de la «Süddeutsche Rundfunk» s'est étonné que chacun accepte que l'Etat finance les musées et les théâtres, mais qu'on lui dénie le droit de combler le déficit des instituts d'émission, qui jouent un rôle culturel non négligeable.

Même son de cloche de la part de M. Jean-Bernard Münch, directeur des finances et de la gestion de la SSR, qui a brossé un tableau franchement pessimiste de l'avenir des instituts

d'émission. Les recettes classiques provenant des taxes de concession vont diminuer à l'avenir en termes réels, d'une part parce que le nombre d'auditeurs et de téléspectateurs n'augmentera plus (saturation) et, d'autre part, parce qu'il est quasi impossible d'adapter les taxes à la hausse des coûts.

Or, précisément, ce sont les coûts qui vont connaître une explosion: exigences du public quant à la qualité des programmes; abus de positions d'exclusivité des détenteurs de droits de reproduction; concurrence accrue des instituts d'émission pour s'attacher les meilleurs artistes ou obtenir les meilleurs films.

M. Münch préconise trois sortes de mesures pour sauver de la ruine la radio et la télévision officielles. Premièrement, les organismes de radiodiffusion doivent prendre des mesures de rationalisation destinées à augmenter leur productivité. La réduction systématique des frais généraux est inéluctable. Le recours à des sociétés spécialisées dans la production pourrait contribuer à une augmentation de la productivité. Deuxièmement, la production doit être mieux utilisée. La diffusion unique d'une émission fort coûteuse est un gaspillage de ressources. On pourrait envisager de diffuser la même émission à des heures différentes. On pourrait également tenter de mettre dans le commerce certaines productions sous forme de vidéocassettes, ou de les utiliser pour des diffusions à des publics particuliers, qui acquitteraient une taxe spéciale pour les recevoir (télévision à la carte, ou Pay-TV). Troisièmement, le directeur des finances de la SSR estime indispensable que les instituts d'émission diversifient leurs prestations et participent à ce qu'on appelle les nouveaux médias. En conclusion, il estime que «les pouvoirs publics n'auront guère le choix qu'entre un soutien rapide, la reprise de certaines tâches ou une prise en charge pratiquement totale à plus long terme».

Des propos alarmistes

Ces propos alarmistes ont suscité, comme on peut l'imaginer, certaines réactions. Est-il opportun que les organismes officiels de radiodiffusion cherchent à participer aux nouveaux

médias (radios locales, télétexte, vidéotex, télévision payante), alors que leurs ressources sont déjà limitées? N'est-ce pas pratiquer la politique de la fuite en avant? Les «consommateurs» seront-ils toujours d'accord de payer des taxes supplémentaires pour recevoir des nouvelles prestations ou des prestations qui passent actuellement sur les chaînes nationales? (L'idée a par exemple été émise que les programmes officiels ne diffusent à l'avenir qu'un résumé de l'actualité sportive, alors que les reportages particuliers se feraient sur des canaux spéciaux que ne recevraient que ceux qui acquittent une taxe supplémentaire (télévision à la carte).

La presse n'a pas été absente des débats. Divers exposés, notamment de M. Jean Texier sur la situation en France, ont démontré que la situation dans ce secteur était paradoxalement moins préoccupante que dans celui de la radio et de la télévision. M. Texier a rappelé en outre que la presse française de province se portait très bien et qu'on aurait tort de tirer des conclusions des difficultés de la presse nationale paraissant à Paris. Pour sa part, Mme Nadine Toussaint, maître à l'Université de Paris 2, a

montré qu'un journal en difficulté ne disparaissait jamais et qu'il trouvait toujours des moyens pour assurer sa survie, affirmation qu'il convient de tempérer un peu par les exemples que l'on a connus en Suisse.

S'est posé alors un vieux problème qui est de savoir pourquoi la presse, en vertu de son statut, est libre de se financer à sa guise par la publicité, alors qu la radio et la télévision sont soumises, en Europe du moins, à des restrictions ou même à des interdictions totales. Etant constaté que dans la plupart des pays, l'Etat accorde une aide à la presse, de manière directe ou indirecte (réduction des taxes postales de distribution, avantages fiscaux, subventionnement du prix du papier, etc.), pourquoi alors l'Etat ne pourrait-il pas également combler les déficits de la radio et de la télévision, ont demandé les représentants des instituts d'émission?

Telles sont les principales questions soulevées au cours de cette intéressante réunion, à laquelle participait le vice-chancelier de la Confédération, M. Achille Casanova. (P.-A. Ch.)

«Journal de Genève», Genève, vom 22/23 mai 1982

PROBLÈMES ÉCONOMIQUES DES MÉDIAS

Les remèdes pour la survie

GRANGENEUVE (FR) (ATS) — Certains pays, dont la Suisse, ont bien une conception nationale des médias, mais de l'avis de la Société suisse des sciences de la communication et des mass media (SSCM), le lien entre politique des médias et politique économique y est par trop négligé. C'est pourquoi la SSCM a organisé à Grangeneuve un congrès international sur « l'économie des moyens de communication sociale » auquel ont participé plusieurs spécialistes suisses et étrangers.

« Après la conception globale des médias, nous avons encore besoin d'une analyse économique et financière complète des moyens de communication de masse », a souligné le professeur Florian Fleck, de Fribourg, en ouvrant les débats qu'il a présidés.

Pour les médias audiovisuels, ce pourrait même être une question de survie, a-t-il dit, car les recettes (taxes et publicité) diminuent, mais la concurrence et les coûts augmentent. La situation est particulièrement difficile pour les organismes publics de radio et télévision, car la fixation des taxes dont ils sont tributaires dépend de décisions purement politiques.

Parmi les orateurs, deux étaient directement concernés par ce problème: le directeur des finances de la « Süddeutsche Rundfunk » et de la Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR), Hermann Fünfgeld et Jean-Bernard Münch. Comme remèdes susceptibles de sortir les organismes publics de radio et TV, ce dernier a cité l'augmentation de la productivité du personnel (nouvelles méthodes de production, unités spéciali-

sées), le recours accru à la coproduction et au cofinancement, les échanges internationaux de programmes, l'utilisation successive dans divers médias (cinéma, vidéocassette, pay-TV, télévision) des produits les plus chers, ainsi que l'établissement de services de base communs (données, formation).

La survie financière des organismes de radiodiffusion, a ajouté M. Münch, passe aussi par leur participation dans les « nouveaux » médias qui leur sont proches. L'inertie les conduirait à des pertes financières croissantes, alors même qu'ils n'offriraient rapidement plus que des produits défraîchis ou bon marché et qu'ils perdraient peu à peu leur rôle de producteur pour se concentrer sur celui de diffuseur. La croissance des coûts, la compression des recettes et la concurrence accrue risquent en outre de menacer les services publics (soutien à la création culturelle, approvisionnement des minorités) qu'assument aujourd'hui les médias nationaux, a conclu le directeur des finances de la SSR. ■

« La Suisse », Lausanne, vom 17.5.1982, S. 45